

Antrag Nr. 23-O-08-0016

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU-Fraktion

Betreff:

Fußverkehr Bierstadter Höhe - Patrickstraße (GRÜNE/CDU)

Antragstext:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU-Fraktion:

Der Magistrat der Stadt Wiesbaden wird gebeten, im Bereich Bierstadter Höhe / Patrickstraße folgende Maßnahmen auf Grundlage der Empfehlungen des Projektberichts „Gut gehen lassen“ des Fachverbands Fußverkehr Deutschland und Fußgängerschutzverein FUSS e.V. vom 27.02.2023 (M03, Seiten 50 f.) zu prüfen, im Rahmen eines gemeinsamen Ortstermins zu erörtern, zu planen und umzusetzen sowie die notwendigen finanziellen Mittel im Haushalt 2024/2025 einzustellen.

1. Querungshilfe über die Patrickstraße im Bereich der Bushaltestelle Zieglerstraße.
2. Verbreiterung der Gehwege an der Bierstadter Höhe von der B455 östlich bis in die beginnende Patrickstraße (insbesondere Südseite) sowie nach Möglichkeit Erweiterung der an der B455 östlich gelegenen Fußgängerinsel an der Lichtsignalanlage (LSA).
3. Zusätzlich bitten wir um Prüfung, ob zwischen Zieglerstraße und B455 in Richtung Innenstadt ein Schutzstreifen für den Radverkehr mit bevorzugter Signalisierung an der LSA eingerichtet werden kann.

Begründung:

Zitat Projektbericht Fuss e. V.: „Die Querung der Patrickstraße ist für Zufußgehende unsicher und nicht komfortabel. Insbesondere auf Höhe der Einmündung der Zieglerstraße ist die Situation für Zufußgehende unübersichtlich (Fahrzeuge aus drei Richtungen; zum Teil hohe Fahrgeschwindigkeiten). Zugleich gibt es hier aber großen Querungsbedarf, beispielsweise aufgrund der stark frequentierten Bushaltestellen in der Patrickstraße.“

Auch der Radverkehr ist im gesamten Kreuzungsbereich B455 / Bierstadter Höhe benachteiligt und gefährdet.

Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion:

Förderung des Fußverkehrs in Bierstadt

1. Der Magistrat wird gebeten, die im Projektbericht des Fachverbandes Fußverkehr Deutschland und Fußgängerschutzverein FUSS e.V. (FUSS e.V.) vorgeschlagenen Maßnahmen aus dem Modellprojekt in Bierstadt in Abstimmung mit dem Ortsbeirat sukzessiv umzusetzen.
2. Der Magistrat wird gebeten, die vorgeschlagenen Maßnahmen M1 bis M21 aus fachlicher Sicht zu prüfen und zu bewerten. Es wird gebeten darzulegen
 - ob die jeweilige Maßnahme in der Abwägung mit anderen Anforderungen an den Straßenraum sinnvoll ist,
 - ob die Maßnahme aus verkehrlichen und/oder technischen Gründen umgesetzt werden kann und welche Änderungen ggf. als notwendig angesehen werden,
 - welche Maßnahme wann realisiert werden kann, unterteilt nach kurz- mittel- und langfristig zu realisierenden Maßnahmen.
3. Der Ortsbeirat stellt die Beantragung von Einzelmaßnahmen aus dem Maßnahmenkatalog von FUSS e.V. zurück, bis er über die Notwendigkeit, die Machbarkeit und die Priorität aller Einzelmaßnahmen beraten hat.

Antrag Nr. 23-O-08-0016

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU-Fraktion

Begründung

FUSS e.V. hat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 1. März d. J. den Abschlussbericht zum Projekt „Gut gehen lassen - Bündnis für attraktiven Fußverkehr“ übergeben. Das Engagement des Vereins vor Ort in Bierstadt ist damit beendet. Aus der Sicht des Ortsbeirates ist bisher nicht geklärt, in welcher Weise das Projekt nach der Vorlage des Abschlussberichts weitergeführt wird. Die Anfrage des Ortsbeirates zum weiteren Fortgang (Beschluss Nr.0009 vom 16.02.2023) ist bisher unbeantwortet. Der Ortsbeirat erwartet, dass das Modellprojekt in Bierstadt weitergeführt wird und auf der Grundlage des vorgelegten Berichtes Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs beispielhaft für die gesamte Stadt umgesetzt werden.

FUSS e.V. sieht sich als Interessenvertretung für Fußgängerinnen und Fußgänger. Im Projektbericht schreibt FUSS e.V. dazu: „In diesem Projektbericht sind die Belange und Erfordernisse des Fußverkehrs in den Fokus gerückt. Die Bewertung und Einschätzung der untersuchten Situationen sowie die Formulierung von Maßnahmen folgt dabei möglichst konsequent aus der Perspektive des Fußverkehrs. Die Abwägung mit den Interessen der anderen Verkehrsarten bleibt nachgelagert dem kommunalpolitischen Abstimmungsprozess als Aufgabe überlassen“ (S.6). Die mit dem Beschluss geforderte Bewertung der vorgeschlagenen Maßnahmen ist ein erster Schritt in diesem Prozess.

Der Ortsbeirat wird sich an diesem Abstimmungsprozess aktiv beteiligen und eine eigene Einschätzung in Bezug auf die Notwendigkeit, die Machbarkeit und die Priorität einzelner Maßnahmen erarbeiten. Die Stellungnahme des Fachamtes könnte dabei eine wertvolle Entscheidungshilfe sein.

Wiesbaden, 20.03.2023

Bär
Fraktionssprecherin

Für den Ersetzungsantrag

Pahls
Fraktionssprecher